



Beschluss-Protokoll

Amtsdauer 2001 - 2004

7. Sitzung

Dienstag, 06. November, 17.00 bis 18.40 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz Paul Egger (CVP)

Anwesend 30 Mitglieder

Abwesend ---

Anwesend Stadtrat 7 Mitglieder

Traktanden

- 7.1 Abschreibungsreglement; Erlass
- 7.2 Schulordnung, 1. Nachtrag; Erlass
- 7.3 Schulleitungsreglement; Einsetzung vorberatende Kommission
- 7.4 Trägerschaft Technische Betrieb; Antrag Stadtrat
- 7.5 Doppelturnhalle Andwil-Arnegg; Projektierungskredit
- 7.6 Rücktritt Anmarie Calderwood

Der Präsident weist in seinen einleitenden Worten auf erfreuliche und traurige Ereignisse der vergangenen Wochen hin. Am 27. September 2001 hat Vizepräsidentin Claudia Meier-Uffer ihrem Sohn Kai Andri das Leben geschenkt. Das Präsidium hat ihr dazu gratuliert und ein Geschenk überreicht. Am gleichen Tag hat im Kantonsparlament Zug ein Amokschütze 14 Mitglieder der Regierung und des Parlamentes erschossen. Das Präsidium hat wegen dieser unfassbaren Tat den Behörden des Kantons Zug seine Anteilnahme ausgesprochen.

7.1

Abschreibungsreglement; Erlass

Grundlage sind das Abschreibungsreglement sowie der Bericht des Stadtrates vom 24. Oktober 2001 mit folgendem Antrag:

Das Abschreibungsreglement wird erlassen.

Andrè Gnägi (FDP) vertritt als Präsident der Geschäftsprüfungskommission das Geschäft. Die bisherige Abschreibungspraxis (nach Steuerprozenten) ist gemäss Amt für Gemeinden nicht mehr zulässig. Mit dem vorliegenden Reglement wird das Ermitteln der Abschreibung vereinfacht und transparent. Das Reglement bedeutet für die kommenden 3 Jahre eine wesentliche Erleichterung des Stadthaushaltes. Das wird sich mit den künftigen Investitionen wieder ändern. Er beantragt Genehmigung mit folgender Aenderung:

Art. 5 Abs. 1: Die Abschreibung erfolgt auf dem Restbuchwert per 1. Januar des Rechnungsjahres.

Alex Brühwiler, Stadtpräsident, möchte die Formulierung von Art. 5 Abs. 1 nicht ändern. Zum heutigen Zeitpunkt ist – für die Budgetierung 2002 - der Restbuchwert per Anfang 2002 nicht bekannt. Die vorgeschlagene Formulierung ist einfach und gesetzeskonform (Art. 11 HHV) und entspricht der gängigen Praxis. Die Abschreibungen von getätigten Investitionen werden früher sichtbar. Mit dem Aenderungsvorschlag würden zusätzliche Abschreibungen „eingespart“.

Andrè Gnägi (FDP) will keine „Einsparungen“ mit der neuen Formulierung. Die meisten Gemeinden schreiben gemäss Antrag der GPK ab.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Der Aenderungsantrag der GPK zu Art. 5 Abs. 1 wird mehrheitlich angenommen.
2. Das Abschreibungsreglement wird mit dieser Aenderung einstimmig erlassen.

7.2

Schulordnung, 1. Nachtrag; Erlass

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 6. September 2001 mit folgendem Antrag:

Der 1. Nachtrag zur Schulordnung vom 4. Oktober 2000 wird erlassen.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, erläutert die Vorlage des Stadtrates.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der 1. Nachtrag zur Schulordnung wird einstimmig erlassen.

7.3

Schulleitungsreglement; Einsetzung vorberatende Kommission

Grundlage sind das Reglement Schulleitung sowie der Bericht des Stadtrates vom 6. September 2001 mit folgendem Antrag:

Das Reglement Schulleitung wird erlassen.

Parlamentspräsident Paul Egger begründet, weshalb das Präsidium die Einsetzung einer vorberatenden Kommission unterstützt. Es handelt sich um ein richtungsweisendes Reglement, welches Modellcharakter für andere Schulen haben wird. Im Entwurf befindet sich eine unklare Formulierung.

Markus Sprenger, Schulratspräsident, erläutert die Vorlage des Stadtrates. Das Reglement ist richtig und seriös erarbeitet worden. Er beantragt, das Reglement zu erlassen.

Hubert Füllemann (FDP) empfindet die Einsetzung einer vorberatenden Kommission nicht als notwendig. Er beantragt im Namen der Fraktion, der Antrag des Stadtrates soll direkt behandelt werden.

Trudi Weibel (FLiG) und Hildegard Manser (LdU) unterstützen im Namen der Fraktionen die Einsetzung einer vorberatenden Kommission.

Beschluss des Stadtparlamentes:

1. Mit einem Stimmenverhältnis von 17:11 wird eine vorberatende Kommission beschlossen.
2. Gewählt sind folgende 7 Mitglieder:
 - LdU Erika Schweiss-Hengartner, Präsidentin
 - FDP Hans Züst
 - CVP Martin Keller
 - CVP Peter Bernhardsgrütter
 - CVP Thomas Hürlimann
 - SVP Benno Koller
 - FLiG Alfred Zahner

Die vorberatende Kommission ist eingeladen, das Geschäft möglichst auf die nächste Parlamentssitzung vorzubereiten.

7.4

Trägerschaft Technische Betrieb; Antrag Stadtrat

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 7. Juni 2001 mit folgenden Anträgen:

1. *Der Bericht des Stadtrates betreffend die rechtliche Verselbstständigung der Technischen Betriebe Gossau wird zur Kenntnis genommen.*
2. *Der Stadtrat wird beauftragt, die Überführung der Technischen Betriebe Gossau in eine privatrechtliche Aktiengesellschaft vorzubereiten und dem Parlament die entsprechenden Erlasse zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind folgende Rahmenbedingungen einzuhalten:*
 - a) *die Anlagen der Elektrizitätsversorgung, der Wasser- und Erdgasversorgung werden ins Eigentum der ausgegliederten AG überführt;*
 - b) *die öffentliche Beleuchtung, das Entsorgungswesen und der Betrieb der Sportanlagen verbleiben bei der Stadt.*

Zusätzlich liegt der Bericht der vorberatenden Kommission vom 23. Oktober 2001 vor mit folgenden Anträgen:

1. *Auf die Vorlage „Rechtliche Verselbständigung der Technischen Betriebe Gossau“ wird eingetreten.*
2. *Den Anträgen des Stadtrates wird zugestimmt, wobei die Formulierung von Antrag 2b statt „der Betrieb der Sportanlagen“ neu „die Sportanlagen“ lautet.*

Roman Weibel (FLiG) vertritt als Präsident der vorberatenden Kommission das Geschäft. Die Vorlage ist eine geeignete Lösung für die Zukunft. Heute geht es um einen Grundsatzentscheid, nicht um einen Schlussscheid. Sofern das Parlament dem Geschäft zustimmt, wird der Stadtrat die nötigen Grundlagen für die zweite Vorlage an das Parlament ausarbeiten und wieder vorlegen. Das Geschäft ist keine Privatisierungsvorlage. Die Technischen Betriebe bleiben bei der Stadt Gossau. Die Versorgungssicherheit und der Service Public bleiben gewährleistet.

Stefan Schmid (LdU/SP) ist nicht begeistert von der vorgesehenen Ueberführung in eine AG. Sollte das Parlament der Ueberführung zustimmen, wären versprochene Zusagen schriftlich festgehalten werden (keine Privatisierung, demokratische Mitbestimmung bei Verkauf von Aktien oder Beteiligungen, Vertretung der Bevölkerung im Verwaltungsrat).

Alex Brühwiler, Stadtpräsident, sichert eine sensible Behandlung zu. Der Zeitplan für die Vorbereitung der definitiven Vorlage lässt sich schlecht abschätzen. Dem Aenderungsantrag der vorberatenden Kommission kann zugestimmt werden.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Abstimmung über Ziffer 1 und 2 des Stadträtlichen Antrages (ohne lit. a und b):

Die Anträge werden mit einer Gegenstimme angenommen.

Abstimmung über lit. a und b von Ziffer 2 (in der Formulierung der vorberatenden Kommission):

Die Anträge werden einstimmig angenommen.

7.5

Doppelturnhalle Andwil-Arnegg; Projektierungskredit

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 23. August 2001 mit folgendem Antrag:

Für Projektierung und Kostenvoranschlag für das Projekt „Meniskus“ zum Bau einer Doppeltturnhalle im Ebnet Andwil wird ein Kredit von 179'000 Franken erteilt (inkl. Mehrwertsteuer).

Alex Brühwiler, Stadtpräsident, erläutert die Vorlage und beantragt Zustimmung.

Kurt Rindlisbacher (FDP) vertritt das Geschäft als Präsident der vorberatenden Kommission. Das Schulhaus Arnegg steht nicht mehr zur Diskussion, weil hier gesicherte Schülerzahlen fehlen. Die Auslastung der Turnhallen in Andwil ist sehr hoch, ebenso die Auslastung der Hallen in Gossau. Etwa ein Drittel der Hallenbelegungen von Andwil muss auswärts erfolgen. Die Sporttreibenden in Andwil setzen sich etwa zur Hälfte aus Andwilern und Arneggern zusammen. In einem ähnlichen Verhältnis ist die Zusammensetzung der Schüler. Die 4.6 Mio. Franken für eine Einfachturnhalle sind schulisch bedingt, fallen also zwingend an, und sind ungefähr je zur Hälfte durch Andwil und Gossau zu finanzieren. Die Mehrkosten für die Doppeltturnhalle betragen 2.1 Mio. Franken, der Anteil Gossau daran 1.05 Mio. Franken. Dies ist die Grössenordnung, über die das Parlament befinden kann. Alle Interessierten stimmen der vorgeschlagenen Lösung zu. Es liegt im Interesse der Arnegger, dass diese Doppeltturnhalle realisiert wird. Der Gossauer Turnhallenraum wird entlastet, die Schulqualität in Andwil steigt. Die Andwiler Schule ist auch die Gossauer Schule. Die Mehrkosten für die Doppeltturnhalle sind relativ gering. Mit der gemeinsamen Realisierung der Doppeltturnhalle wird das regionale Denken gefördert. Die Stadt Gossau be-

hält als mit beteiligte Bauherrschaft das Mitspracherecht bei Planung, Bau und Betrieb. Die Kommission stimmt einstimmig (mit einer Enthaltung) dem Antrag des Stadtrates zu.

Patrick Scheiwiler (CVP) unterstützt als Arnegger Einwohner den Antrag des Stadtrates im Wissen, dass damit ein eigenes Schulhaus in Arnegg nicht mehr realisiert werden kann. Die Trainingseinheiten in Andwil genügen den Vereinen nicht mehr. Mit einer neuen Einfachturnhalle entstehen keine neue Kapazitäten für den Freizeitsport. Die Doppeltturnhalle ist nicht Wunschobjekt, sondern erforderlich für das Vereinsleben.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig angenommen.

7.6

Rücktritt Annmarie Calderwood

Roman Weibel (FLiG) gibt den Rücktritt des Fraktionsmitgliedes Annmarie Calderwood auf Ende 2001 bekannt. Sie übernimmt eine neue Funktion in der Stadtverwaltung und möchte Interessenkonflikte ausschliessen.

Dieses Protokoll wurde an der Präsidiumssitzung vom 14. November 2001 genehmigt.

Paul Egger
Präsident

Toni Inauen
Stadtschreiber